

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verantwortlicher: Ernst Dühnow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Die Gewerkschaften vor, während und nach dem Kriege.

Von Dr. Adolf Braun.

(Schluß)

III. Nach dem Kriege.

Ist es schon überaus schwer, über die Gewerkschaften in der Zeit des Ausganges des Krieges zu sprechen, so ist es noch weit schwieriger, sich ein Bild zu machen, wie es um die Gewerkschaften nach dem Kriege bestellt sein wird. Weiß doch heute noch niemand, wie der Krieg ausgehen wird, muß doch ein nüchterner Beobachter feststellen, daß die gleichen Siegeshoffnungen, von denen wir erfüllt sind, auch in Frankreich, England und Rußland, in Japan und am Balkan hegebt und gepflegt werden.

Und doch kann man, ohne als Phantast verfahren werden zu wollen, aus ganz nüchternen wirtschaftlichen Erwägungen einige Wahrscheinlichkeiten anführen für das wirtschaftliche Leben nach dem Friedensschluß. Daraus wieder kann man Versuchen, Erwägungen, Anregungen, Voraussicht und Ziele für die Gewerkschaften zu schöpfen.

In drei Perioden möchte ich die ersten Jahre nach dem Frieden gruppieren:

1. In eine Zeit des Erfalles der Rohstoffe mit dem Beginn einer Umformung der während des Krieges den militärischen Zwecken angepaßten Betriebe und der Bereitstellung der stillgelegten Betriebe für die Friedensbedürfnisse.

2. In eine leider nur kurze Periode höchster Prosperität infolge des Bedürfnisses, die vollständig leergewordenen Lager zu füllen, die Vernichtung und Verschleißung während des Krieges wieder auszugleichen und den starken Bedarf, der sich nach dem Krieg wieder einstellen dürfte, zu befriedigen. Aller Voraussicht nach wird diese Periode der Prosperität in eine Zeit der Überproduktion übergehen, aus der sich dann

3. eine Periode vermutlich recht langwieriger Wirtschaftskrise entwickeln dürfte.

Wir betrachten nun zuerst

Die erste Periode nach dem Friedensschluß.

Dem Ausgleich der Nahrungsmittelvorräte und sonstiger aus dem Ausland zu beziehender Waren für den Konsum werden die ersten Verkehrsmöglichkeiten gewidmet sein. Dann erst wird man Halbfabrikate, Rohmaterialien, die nicht in der Heimat hergestellt werden können oder deren Produktionsbedingungen in der Heimat sehr beengt sind, einführen. Da alle kriegsführenden Staaten, ja selbst ein Teil der Neutralen gleichzeitig ihre dringlichen Versorgungsbedürfnisse anmelden werden, so wird eine Stauung in den Ausfuhrhäfen, eine Verzögerung der Expeditionen, eine Verlangsamung bei der Ausführung der Bestellungen eintreten. Diese ungünstigen Momente werden gesteigert werden durch die Ausfuhrschwierigkeiten in den erotischen Produktionsländern, die auch nicht in den Häfen all das verladungsbereit angeammelt haben können, was die importierenden Staaten bestellen werden. Dazu kommt die weitere Schwierigkeit des Schiffmangels. Ein großer Teil der Schiffe ist in den Heimat-

läsen zurückgehalten oder militärisch verwendet oder in neutralen Zufluchtsorten festgelegt, er muß erst dem Verkehrsbedürfnis angepaßt, jedenfalls in die Exporthäfen dirigiert werden.

Im Lande selbst müssen stillgelegte und zu Kriegsindustriewerken umgewandelte Fabriken wieder ihren ursprünglichen Zwecken angepaßt werden. Daraus erwächst auch erhebliche Arbeit und Zeitverlust. Im wesentlichen erabit sich aus diesen Erwägungen die für die Gewerkschaften sehr wichtige Tatsache, daß die Zeit nach dem Friedensschluß durchaus nicht, wie viele zu hoffen glauben dürfen, eine Periode starken Beschäftigungsgrades sein kann. Es ist im Gegenteil ins Auge zu fassen, daß aus den Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung wie der Transporte eine Fortdauer der Arbeitslosigkeit in der ersten Friedenszeit festzustellen sein wird, die sich erst langsam unterscheiden wird von der Zeit, in der der Krieg seinem Ende entgegengeht. In dieser wird zuerst die Arbeitslosigkeit durch den Rückstrom der aus dem Militärverhältnis ausscheidenden Millionen Arbeiter gesteigert, durch den Abfluß der Kriegsgefangenen aber ein wenig gemindert werden.

Die Prosperitätsperiode nach dem Kriege.

Eine Prosperitätsperiode nach dem Kriege wird allgemein erwartet. Diejenigen, die ihre Wünsche gerne erfüllt sehen möchten, die daraufhin Urteile gründen, rechnen mit einer langen Prosperitätsperiode. Die, die die gleichen Wünsche, aber für die wirtschaftlichen Tatsachen vielleicht ein schärferes Auge haben, rechnen mit einer leider nur kurzen Prosperitätsperiode.

Warum muß überhaupt eine Prosperitätsperiode kommen?

Der Krieg führt zu einer Erschöpfung aller Lager. Zu einem Verbleib überaus zahlreicher Gebrauchsartikel, Gewalttätige Zerstörungen, die der Krieg hervorgerufen hat, verlangen jedenfalls vorläufige Erneuerung, soweit nicht dauernde ermöglicht werden kann.

Die weilgehende Sparbarkeit auch der Besizenden während der Kriegszeit führt zu größeren Konsumausgaben, wenn der Krieg endlich doch abgeschlossen ist. Eisenbahnbetriebsmittel, Automobile, requirierte Fuhrwerke, die alle in der Kriegszeit nicht erneuert werden konnten, werden zum mindesten zum Teil ihre Erneuerung finden.

Zahlreiche Bestellungen, die während der Kriegszeit nach dem Ausland nicht ausgeführt werden konnten, werden nun, wenn auch schweren Herzens, gemacht werden. So wird an dem Eintreten der Prosperitätsperiode nach dem Kriege kaum zu zweifeln sein.

Warum wird die Prosperitätsperiode nicht lang sein?

Sie wird, wie wir glauben, länger sein als es dem Bedürfnis entsprechen würde. Denn es ist eine Erfahrungsg-

tatsache der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß die anarchisierte Produktionsweise zu einer Ueberschätzung des Bedarfs und damit zu einer großen Produktion, zu einem gesteigerten Streben, um durch rasche Produktion die Bedarfsbefriedigung der Abnehmerkreise zu sichern, zu einer Ueberproduktion führt und zu einem Einhalten der Produktion erst dann, wenn alle Lager gefüllt sind. Daß einer Periode der Prosperität eine Krisenzeit folgen muß, ist eine hundertjährige Erfahrung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, eine Erfahrung, die wir in ganz fürchterlicher Weise ja gerade nach der Prosperitätsperiode erfahren, die nach dem Krieg von 1870/71 mit so übergewaltiger Macht einsetzte.

Damit ist aber nur das Ende dieser Prosperitätsperiode festgesetzt, nichts über ihre kurze oder lange Dauer gesagt. (Hier sind ca. 40 Zeilen von der österreichischen Zensur beschlagnahmt.)

Die Periode der Krise.

Man wird mit einer vermutlich langwierigen Krise zu rechnen haben. Ich will ihre Dauer nicht erklären mit der langwierigen Krise, die im Gefolge des Deutsch-Französischen Krieges die Wirtschaft aller Länder heimgesucht hat. Ich glaube, die lange Dauer wird sich schon erklären aus dem gewaltigen Unterschied der flüssigen Kapitalmenge vor dem Krieg und nach dem Krieg, aus der starken Heranziehung aller Privatwirtschaften zur Deckung der öffentlichen Ausgaben und aus der vermutlich überaus scharfen Fortdauer des Handelskrieges zwischen den sich jetzt militärisch bekämpfenden Wirtschaftskörpern, innerhalb deren sich während des Krieges eine sehr scharfe Ablehnung der Waren der Feinde und ein dem Weien der Weltwirtschaft widersprechendes Streben nach Selbstbefriedigung des Bedarfs der eigenen Volkswirtschaft durch die eigene Produktion herausgestellt haben. An einer Reihe von Beispielen kann man ja auch feststellen, daß die Zeit des Krieges von der Industrie der Vereinigten Staaten ausgenützt wird zur Verdrängung deutschen und auch englischen Exportes in dem früheren Absatzgebiet.

Die Zeit der Krise, die aller Wahrscheinlichkeit nach eine Weltkrise sein wird, dürfte eine neue internationale Arbeitsteilung als Grundlage neuer Beziehungen innerhalb der Weltwirtschaft und die Abflaumung der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze zwischen den Völkern wie die Verharisierung der tiefrißigen Wunden herbeiführen, die der Weltkrieg geschlagen hat.

Dann werden wieder nach starken Wellenschlägen normale Verhältnisse eintreten, dann wird erst wieder der Vergleich möglich sein mit den Produktionsbedingungen und mit den Handelsbeziehungen der Völker, wie sie vor dem Ausbruch dieses gewaltigen Weltkrieges gewesen sind.

Die historischen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise werden aber weiter wirken. Gerade die Schwierigkeiten der Produktion und des Absatzes, die Dauer der Wirtschaftskrise, die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung, die Höhe der Steuerlast, das wachsende Risiko und die Größe der Verluste, mit denen jeder Absatz in schlechter Zeit leichter als in guter Zeit verknüpft ist, werden die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen Betriebe in Industrie und Handel tief hinunterbrücken, die der kapitalistisch starken Betriebe aber nicht im weitentlichen erschüttern. So dürfte aus dieser ganzen Entwicklung nach dem Kriege eine Beschleunigung der kapitalistischen Konzentrationstendenzen in Erscheinung treten, eine Verhärtung der kapitalistischen Macht und Organisation gegenüber den Arbeitern.

Diese kapitalistische Macht dürfte eine weitere Steigerung erfahren durch die, wie es scheint, überall ins Auge gefaßte Monopolisierung wichtiger Handels- und Industriezweige. Die Erschöpfung der Steuerquellen, die Notwendigkeit der Beschaffung großer Geldmittel wird diese Monopolpläne wohl in fast allen Staaten des europäischen Kontinents, vielleicht selbst in England, zur Tat werden lassen. Damit wird aber

eine gewaltige Menge Kapital durch die Ablösungssummen, die die Staaten zu zahlen haben werden, frei werden. Sie werden sich auf noch nicht konzentrierte Industriezweige mit der Tendenz, diese auf die höchste Stufenleiter zu treiben, werfen. Auch dadurch wird eine wachsende Macht des Kapitalismus in Erscheinung treten.

Welche Aufgaben ergeben sich hieraus den Gewerkschaften?

Vor allem die, die Prosperitätsperiode, die sich nach dem Krieg entwickeln muß, zur Sicherung und Festigung der bisherigen gewerkschaftlichen Errungenschaften und zu ihrem weiteren Ausbau auf das gründlichste auszunützen. Um diese Möglichkeiten aber auch rechtzeitig zu erfassen, ist es natürlich unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften zu Beginn der Prosperitätsperiode, deren Zeitpunkt ja niemand voraussetzen kann, vollständig gerüstet, zum Kampf geschlossen und einheitlich dastehen.

Hierauf die Kräfte der Gewerkschaften zu konzentrieren, ist die Aufgabe. Hier handelt es sich, soweit künftige Entwicklungen als Realitäten ins Auge gefaßt werden dürfen, um die wichtigsten und dringlichsten Aufgaben für die Gewerkschaften. Denn es sind diese Aufgaben, richtig in die Hand genommen, Garantien für den Erfolg in der Prosperitätsperiode, sie schaffen, was vielleicht noch wichtiger ist, gesteigerte Abwehrkraft für den Angriff der wirtschaftlichen Geener in der Zeit einer, wie wir sehr fürchten müssen, langwährenden Depressionsperiode.

Ein Lehrbeispiel für Hamburger Laternenwärter.

Angestellte und Arbeiter der hamburgischen Gaswerke sollen in dem Falle, daß sie im Dienste dieser Werke ihre Arbeitskraft eingebüßt haben, pensioniert werden. Dies ist den Arbeitern sehr oft versprochen worden, und es wird ihnen auch zukünftig noch wieder versprochen werden. Allein Versprechen und Dalken steht nicht immer bei dieser staatlichen Behörde, der Deputation für das Beleuchtungswesen, feil.

Wenn die Verwaltungsorgane der hamburgischen Gaswerke in Differenzfällen mit ihren Arbeitern diesen gegenüber mit mahnender oder gar warnender Stimme Eindruck machen wollen, dann fangen sie allemal an davon zu reden, daß die Arbeiter in den Gaswerken doch ja sich daran erinnern möchten, daß sie pensionsberechtigt sind, dadurch für sie im Alter gesorgt ist, viel besser sogar, als für die Beamten des hamburgischen Staates. Viele Arbeiter haben dieser Verheißung stets geglaubt, ja viele werden ihr auch fernerhin noch glauben.

Nach den Grundzügen von Treu und Glauben haben allerdings die Arbeiter des Beleuchtungswesens ein gutes, fast mächtiges wir erklären, verbrieftes Recht auf Pensionierung. Letztere soll gesichert sein durch die „Unterstützungs- und Pensionskasse für die Angestellten und Arbeiter der Hamburger Gaswerke“. Die Kasse wurde im Jahre 1882 errichtet, und nach ihren Satzungen hat sie den Zweck, wie es wörtlich heißt: „Den Angestellten der Gaswerke bei eingetretener Arbeitsunfähigkeit eine angemessene Versorgung, Pension zu sichern; 2. den Angestellten bzw. den Hinterbliebenen von verstorbenen Angestellten in Notfällen angemessene Unterstützungen zu gewähren.“ So lautet der § 1 der Satzungen, und das ist klug erdacht, denn die meisten Leute lesen nur immer den Anfang und übersehen deshalb, daß es im § 5 heißt: „Soweit die letzteren (die Mittel) reichen, werden im allgemeinen, und, ohne daß hieraus den einzelnen Angestellten ein Rechtsanspruch erwächst“, Pensionen gewährt. Und wie es dabei manchmal kommen kann, hat u. a. der Laternenwärter Kruse erfahren müssen.

Als der Laternenwärter Kruse im Jahre 1912 aus dem Dienst der Gaswerke austreten mußte, und zwar, weil er durch Kraußheit arbeitsunfähig geworden war, wurde ihm ein wie folgt lautender Entlassungsschein gegeben:

„Carl Theodor Heinrich Kruse hat vom 4. Mai 1881 bis 7. August 1912 mit Unterbrechungen bei der unterzeichneten Abteilung in Arbeit gestanden als Laternenwärter. Führung und Leitung Straßenbeleuchtung.“

Kruse wurde nun pensioniert. Seine Pension betrug 1206,40 Mark jährlich. Er mußte aber auch bei der Invalidenversicherung und gleichfalls bei der Verlorengefallenenkasse für Angestellte und Arbeiter des hamburgischen Staates die Gewährung einer Rente beantragen;

es wurde ihm dann aus der Invalidenversicherung eine Rente von 256,20 Mk. und aus der Versorgungskasse eine Rente von 350 Mk. jährlich zugesprochen. Beide Renten wurden nun seitens der Gaswerke aufgerechnet, so daß sie nur noch eine Pension von 600,20 Mark jährlich zu zahlen hatten.

Die Gaswerkspension wurde nicht als Dauerrente festgesetzt, sondern nur auf die kurzbeschränkte Zeit von zwei Jahren, und als diese zwei Jahre abgelaufen waren, im August 1914, wurde Kruse die Pension genommen. Von hier an wird nun die Sache Kruse rätselhaft.

Kruse ist 67 Jahre alt, aber ein schon völlig gebrochener Mann. Er ist frühzeitig stark gealtert, linksseitig etwas gelähmt und auf beiden Ohren so hochgradig schwerhörig, daß man sich nur durch angestrengt lautes Sprechen in seiner Nähe mit ihm verständigen kann. Wer ihn sieht, wird ohne weiteres erklären, daß er unter keinen Umständen fähig ist, als Laternenwärter zu arbeiten. St. behauptet auch, daß in den beiden Pensionsjahren (1912/14) sein Zustand noch eher schlimmer als besser geworden ist. Daß St. aber arbeitsunfähig im Sinne der Reichsversicherungsordnung und der hamburgischen Versorgungskasse ist, wird dadurch bewiesen, daß diese Versicherungsanstalten ihrerseits ihm die Renten auch heute noch gewähren.

Für Kruse begann nun eine unruhige Zeit. Er war nie Mitglied einer Arbeiterorganisation; er war noch einer von den alten Laternenwärtlern, die nicht von dem kindlichen Glauben zu erlösen sind, sie dürfen sich nicht organisieren, denn sie hätten früher einmal unterschreiben müssen, daß sie einer Partei oder einem Verbandsnichts beitreten würden, was sie nun doch auch zeitweilig halten mußten, zumal ihnen Anno dazumal auch versprochen worden, wenn sie getreu Wort halten würden, dann würde auch die Behörde immer und in allen Fällen für sie sorgen. Aber St. wußte sich einzuweisen nun doch zu helfen. Als guter, alter Hamburger vertraute er auf den Senat. (Wenn ein alter Hamburger sich von einer Behörde benachteiligt glaubt, z. B. von der Polizeibehörde, dann ist ihm sein: „Ja, gub an'n Senat!“ der Mut und die Hoffnung, in allen Fällen, ohne Unterschied, das heißt, wenn es sich um Arbeiter handelt, natürlich vergebens.) Dreimal machte er sein Vorgesuch an den Senat, es möge ihm seine Pension wieder gewährt werden, aber jedesmal kam prompt die wenigzeitige Antwort: „Abfällige Beschieden“.

Nun kam Kruse mit seiner Angelegenheit in unser Verbands-Bureau. Hier wurde nun zwar gleich erkannt, daß in Sachen Kruse wieder mal eine uns gut bekannte Richtung eines Beamtenzirkels der Gaswerke, vor deren Haupt selbst Deputationsmitglieder aus Mangel an gewissen Eigenschaften sich tief ergeben verneigen, am schwarzen Werk ist; andererseits aber auch, daß die Angelegenheit des Kruse nun allerdings schon schwer zu seinen Ungunsten festzulegen sei.

St. machte folgende Angaben: Einige Wochen vor Ablauf der zweijährigen Pensionszeit kam ein Beamter der Gaswerke, dessen Name mir nicht bekannt ist, in meine Wohnung, um sich nach meinen Verhältnissen zu erkundigen. Nach meinem persönlichen Befinden fragte er nicht. Er erkundigte sich nach dem Preis eines Wohnzimmers, das in meiner Stube an der Wand hängt, sowie danach, wie ich dazu komme, das „Hamburger Echo“ zu halten, dieses teure Blatt, und noch dazu einen großen Haufen davon (Kruse hatte die „Echo“-Exemplare des betreffenden Monats gesammelt); er fragte weiter, ob ich meine Mobilien, die seiner Meinung nach für mich zu gut, habe selber bezahlen können, warum ich überhaupt eine so große, teure Wohnung bewohne, warum ich meine erwachsene Tochter im Hause habe, was die in ihrer Arbeitsstellung für Lohn verdiene, und dergleichen mehr. Bald darauf mußte ich mich dann abermals von einem Physikus untersuchen lassen, und dieser stellte mir nun wieder fast alle die von jenem recherchierenden Beamten der Gaswerke an mich gerichteten Fragen nach meinen Privatverhältnissen. Ich gab wahrheitsgemäße Antworten, sagte auch, daß ich doch wohl eine Zeitung lesen dürfe, die mir gefalle, aber der Physikus machte ein sehr böses Gesicht. Wenige Tage später waren die zwei Jahre Pensionszeit um, und meine Pension wurde nun nicht weiter gezahlt. Auf meine Anfragen im Bureau der Gaswerke, warum ich die Pension nun nicht mehr bekommen solle, wurde mir keine Auskunft gegeben.

St. erklärte ferner und stellte unter Beweis: Ich bezahle 140 Mk. Miete; meine Ehefrau ist 45 Jahre alt, aber unterleibkrank und daher zum Arbeiten bei fremden Leuten untauglich; meine 22jährige ledige Tochter, deren Verlobter im Kriegsdienst steht, wohnt mit ihrem einjährigen Kinde bei mir, sie arbeitet erwerbsmäßig und bekommt 16 Mk. wöchentlich als Lohn, der Unterhalt für sie und ihr Kind; mein Sohn und die Mütter meiner beiden

berheirateten Töchter stehen gleichfalls im Kriegsdienst. Weisigen zum Lebensunterhalt kann ich von verwandtschaftlicher Seite nicht bekommen, ich bin auf die mir noch gebliebene Invalidenrente im Gesamtbetrag von nur 606,20 Mk. jährlich allein angewiesen, davon abgerechnet die 440 Mk. Miete, bleiben mir zum persönlichen Unterhalt nur noch 166,20 Mk. jährlich.

Dieser Sachverhalt, mit dem Antrage auf Wiedergewährung der Pension, wurde nun in einer Eingabe an die Deputation für das Beleuchtungswesen derselben vorgelegt. Der Antwortbescheid lautete:

„Nachdem E. S. Senat Ihr Ersuchen um Gewährung einer Rente abgelehnt hat, kann auf Ihr Unterstützungsantrag vom 9. April 1915 nicht weiter eingegangen werden. Die Deputation für das Beleuchtungswesen.“

Am Sonnabend, den 10. April, verzeichnete die Verwaltung der Gaswerke den Einlauf des Gesuchs, am Dienstag, den 13. April, empfing Kruse schon die Antwort darauf; eine Deputations-Sitzung hatte unterdessen nicht stattgefunden.

Nach 31jähriger Beschäftigung im Dienste der Gaswerke, trotz erwiesener mindestens 60-prozentiger Arbeitsunfähigkeit (erwiesen durch die seitens der Invalidenversicherung und der Versorgungskasse über St. eingeholten Physikaturnachten) und großer Bedürftigkeit, Gründe, die bereits zur Bewilligung einer Pension für zwei Jahre führten, nunmehr fernerhin aber keine Pension.

Für allzu vertrauensfällige Gemüter unter der Arbeiterschaft der Hamburger Gaswerke ein Prüfungsgegenstand, der Fall Kruse!

53

♦ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ♦

Können Gemeinbedienstete von der Krankenversicherungspflicht befreit werden? Der Magistrat der Stadt Neubaldensleben stellte im Januar 1914 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Neubaldensleben den Antrag auf Befreiung von namentlich aufgeführten, im Dienste der Stadt stehenden Personen von der Krankenversicherungspflicht. Die Krankenkasse gab dem Antrage statt. Am 6. April d. J. verstarb nun der im Dienste der Stadt stehende Arbeiter W. Die Witwe nahm nun an, daß die Stadt für die von der Versicherungspflicht Befreiten die Regelleistungen der Krankenkasse übernommen habe und verlangte das ihr zutreffende Sterbegeld. Die Stadtverwaltung lehnte den Antrag ab mit der Begründung, daß die Stadt mit der Zahlung des anderthalbfachen Krankengeldes (§ 152) ihrer Verpflichtung genüge und Sterbegeld nicht zu zahlen habe. Gegen die Ablehnung erhob die Witwe Beschwerde beim Versicherungsamt in Neubaldensleben. Das Versicherungsamt verurteilte die Krankenkasse zur Zahlung des Sterbegeldes und stellte der Kasse anheim, die Beiträge für das Jahre 1914 für die zu Unrecht von der Krankenversicherungspflicht Befreiten Personen von der Stadt einzufordern. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Das Oberversicherungsamt Magdeburg wies in seiner Sitzung vom 5. Februar 1905 die Berufung mit folgender Begründung zurück: Für die Befreiung von der Versicherungspflicht kommen nach § 170 der Reichsversicherungsordnung, abgesehen von den Lehrern und Erziehern nur Beschäftigte in Betracht. Welche Personen darunter zu verstehen sind, ist strittig. In der Anleitung über den Kreis der nach der Reichsversicherungsordnung gegen Invalidität und gegen Krankheit versicherten Personen vom 26. April 1912 (Ämliche Nachrichten, Seite 721) wird folgendes ausgeführt: Die Reichsversicherungsordnung bezieht sich hier an Stelle der in § 5 Absatz 1, 2 des Invalidenversicherungsgesetzes erwähnten „Beamten“ auf die in Betrieben oder im Dienste des Reichs „Beschäftigten“. Nach dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte des § 1234 der Reichsversicherungsordnung ist anzunehmen, daß diese Vorschrift sich nicht nur auf Beamte im eigentlichen Sinne bezieht. Immerhin setzt sie voraus, daß der Beschäftigte in ähnlichem Maße wie ein Beamter in seinen Versorgungsansprüchen gesichert ist. Da es die ausgesprochene Absicht ist, die Krankenversicherungspflichtigen und invalidenversicherungspflichtigen Personen tunlichst gleich zu behandeln, so wird der Begriff „Beschäftigte“ in den §§ 169, 176, 171 der Reichsversicherungsordnung ebenso auszulegen sein. Auch das Reichsversicherungsamt geht in der Anleitung davon aus, daß die gleichen Grundzüge für das Gebiet der Krankenversicherung zu gelten haben, so daß nur solche Beschäftigte von der Krankenversicherungspflicht befreit sind oder befreit werden dürfen, die Beamte sind oder sich in einer beamtenähnlichen Stellung befinden. Der verstorbene Ehemann der Klägerin hat sich in einer beamtenähnlichen Stellung nicht befunden. Auch waren seine Ansprüche auf die Regelleistungen der Krankenkasse ohne die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung nicht gesichert. Er konnte daher auch nicht auf Grund des § 169 der Reichsversicherungsordnung von der Krankenversicherungspflicht befreit werden, sondern war bis zu seinem Tode Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Neubaldensleben. Diese hat der Klägerin aus Anlaß des Todes ihres Mannes das jahresgemäße Sterbegeld zu zahlen.

• Wochenbericht vom Krieg •

Berlin, 14. Juni 1915.

Die französische Juni-Offensive tobt noch immer und kostet beiderseitig auf beiden Seiten. Sicher hat aber der Angreifer die zwei- bis dreifache Verlustzahl, und so macht sich in Frankreich trotz der schärfsten Zensur bereits einiger Unwille bemerkbar, weil das Resultat der „Vorettoschlacht“ für die Franzosen so minimal ist. Der französische Durchbruch gelang im Sommer so wenig wie im Winter. — Unterdessen vollzieht sich in Ostgalizien das langsame aber stete Vordringen der deutsch-österreichischen Truppen, die zum Teil schon in Russisch-Peskarabien stehen. Und die ersten 20 italienischen Kriegstage haben nichts gebracht, das einer nennenswerten Beeinflussung der Kriegslage auch nur ähnlich sähe. Die Hoffnung der „Vier Verbände“ auf ein amerikanisches Ultimatum ist nun auch dahin, denn die amerikanische Antwortnote wegen der „Lusitania“ ist zwar scharf, aber keineswegs unfreundlich oder gar als Ultimatum anzufassen. Fast scheint es, als sei der Rücktritt Venans am Ende von rein-amerikanischen Gründen diktiert, nämlich, um bei der nächstjährigen Präsidentschaftswahl eine zukunftsreiche (Friedens-) Parole zu haben. Auch Rumänien scheint den Sirenen- und Goldklängen des englisch-französischen Länderverteilungsindikats zu widerstehen. Sieht es doch den dauernden Rückzug der Russen aus nächster Nähe. Andererseits sind sogar die Versuche noch nicht aufgegeben, Holland und Dänemark in den Krieg gegen Deutschland zu zerrren. Wir bezweifeln, daß diese Versuche Erfolg haben. Wohl aber zeigt sich der wachsende Gegensatz im feindlichen Kriegsager! Die Serben marschieren (anstatt gegen Oesterreich) in Albanien vorwärts, zum Herzog Italiens, das dieses diplomatische Konstruktionsgebilde für sich erobern möchte, „um die Adria zu beherrschen“. — Die Unterseebootschiffe der Zentralmächte mehren sich noch immer. Nun sanken auch wieder feindliche Kriegsschiffe und Torpedoboote. In den Dardanellen aber sind die englisch-französischen Verluste so enorm, daß diese „Aktion“ nicht allzu lange ausgedehnt werden kann.

Nachstehend Einzelvorgänge: **6. Juni.** Bestige französische Angriffe auf der Vorettokhöhe und westlich Soissons mit schweren (französischen) Verlusten abgewiesen. — Ostlich Sawduniki (Westrußland) deutsche Offensive. 3340 Gefangene, 10 Maschinengewehre. — Insgesamt wurden bei den Kämpfen um Wergumil 33 805 Gefangene gemacht. Weiter östlich: Vordringen auf Mofeka. — Bei Zurawno wird der Dnjepr überschritten. Verfolgung der Russen bis Romica-Kalusz. Hier insgesamt über 13 000 Gefangene. — Deutsche Marineverluste führen „erfolgreiche“ Angriffe gegen die englischen Docks von Kingston und Grimshy. — In Südtiroler Grenzgebiete Artilleriekämpfe. — Am Tigris erhielten die Türken schwere Schläge durch Engländer. 2000 Gefangene, 13 Kanonen erbeuteten letztere. — Französisches Minenlager durch Minen vernichtet. — **7. Juni.** Französische Angriffe an der ganzen Westfront scheitern. — Auf den Höhen von Rowosohn (Galizien) werden die Russen zurückgeschlagen. — Südlich des Dnjepr Vordringen bis WsLow. 4200 Gefangene, 4 Geschütze, 12 Maschinengewehre. — Der österreichische Bericht bezeichnet nördlich Zurawno (Dnjepr) 6200 Gefangene. — In Küstengebieten bereiten Italiener stärkeren Angriff vor. — Die Serben dringen in Albanien vor. — Unabhängige Arbeiterpartei Englands veröffentlicht ein Manifest gegen die Gefahr der allgemeinen Wehrpflicht Englands. — **8. Juni.** Am Westen tobt die Vorettoschlacht. — Im Nordosten Rußlands Kubli erobert. — An der Dubissa werden die Russen zurückgeworfen. — Südlich des Njemen Rückzug der Russen. 300 Gefangene. — Stanislaw (Galizien) von deutsch-österreichischen Truppen erobert. 5570 Gefangene, 13 Maschinengewehre. — Die ersten größeren italienischen Angriffe gegen Goetz abge schlagen. Ebenso bei Gradisca und Monfalcone. — Kämpfe an der Märntner Grenze. Italienisches Luftschiff „Citta di Ferrara“ heruntergeschossen. Besatzung gefangen. — Klankleien an der serbischen Grenze. — **9. Juni.** Amerikanischer Staatssekretär Venan hat demissioniert wegen Meinungsverschiedenheiten mit Präsident Wilson über (zu scharfe?) Abfassung der Antwortnote an Deutschland. — Weitere heftige Teilkämpfe im Westen. — Südwestlich Szawle (Nordwestrußland) weiteres Vordringen. 2250 Gefangene. — An der Dubissa Zurückweichen der deutschen Truppen bis Boginie. — Südlich des Njemen Verfolgung der Russen (seit 6. Juni). 3020 Gefangene, 12 Maschinengewehre, viele Feldküchen und Fahrzeugen. — In der neuen galizischen Front erfolgreiches Vordringen. — Englischer Kreuzer („Dow Liverpool“), der von 6 Torpedobootzerstörern geschickt fuhr, durch österreichisches Unterseeboot torpediert und versenkt bei San Giovanni di Medua. — **10. Juni.** Die Vorettoschlacht im Westen tobt fort. Französische Angriffe bei Le Mesnil brachen unter schweren Verlusten zusammen. — An der Dubissa bei Ciragola russische Angriffe abgewiesen. 300 Gefangene. — In Südostgalizien und der Bukowina Vordringen der deutsch-österreichischen Truppen bis Horodenta. — Italienische Angriffe an vielen Stellen abgewiesen. — Zwei englische Torpedoboote durch deutsche Unterseeboote in Grund ge-

bohrt. — Türkischer Kreuzer „Midilli“ hat im Schwarzen Meer zwei große russische Torpedobootzerstörer versenkt. — Italienisches Unterseeboot „Medusa“ ist durch österreichisches Unterseeboot in der Nordadria versenkt. — **11. Juni.** Weitere heftige Angriffe im Westen werden unter starken französischen Verlusten zurückgeschlagen. — An der Dubissa russische Angriffe abgewiesen. — Nördlich Prasznyj erstürmen deutsche Truppen russische Stellungen. 150 Gefangene. — An der Rawka (Polen) bei Polimow deutsches Vordringen. 600 Gefangene. — Deutsch-österreichische Truppen bringen bei Zurawno, Czernalise und Zaleszki (Galizien) vor, die erobert sind. — Russische Angriffe auf Stanislaw scheitern. — In der Bukowina werden die Russen über die Reichsgrenze zurück. Insgesamt 5000 Gefangene. — Am Njenz (italienische Grenze) und an der Märntner Grenze Teilkämpfe. — **12. Juni.** Amerikanische Note wird in der Tagespresse bekanntgegeben. Sie ist scharf, aber kein Ultimatum. — In Flandern Artilleriekämpfe. — Militärische Anlagen von Yneville werden mit Bomben belegt. — Deutsche Angriffe bei Szawle machen Fortschritte. Muzze ist im Sturm genommen. 8 Offiziere, 3350 Mann gefangen, 8 Maschinengewehre. — Südlich Komno und nördlich Prasznyj Teilkämpfe. — Bei Polimow steigt die Beute auf 1600 Gefangene, 8 Geschütze, 9 Maschinengewehre. — In Galizien bei Siemawa 5000 Gefangene. Nächtliche russische Angriffe scheitern. — In Südostgalizien Vordringen der deutsch-österreichischen Truppen bis Lesza. — In der Bukowina Verfolgung der Russen über die Grenze und Besetzung mehrerer Orte Peskarabiens. 1500 Gefangene. — Am Njenz werden italienische Angriffe unter schweren Verlusten abge schlagen.

• Notizen für Gasarbeiter •

Gasarbeiterstreik in Kaiserslautern. Trotzdem der gegenwärtige Weltkrieg jedem Verhandigen vor Augen demonstriert, daß Deutschland und seine nationalen Güter, einschließlich nicht wenig Privateigentum, verloren wären, wenn sie nicht von der deutschen Arbeiterschaft aufs nachdrücklichste verteidigt würden, so gibt es doch während dieses Krieges noch Arbeiter, welche ihre Arbeiter geradezu neugierig behandeln. Im Gaswerk in Kaiserslautern, das zur Hälfte der Stadt, zur anderen Hälfte privaten Aktionären gehört, hatte ein unorganisiertes Vorarbeiter eine Retorte beschädigt. Der Ingenieur, der im Werk die Aufsicht führt, war Sonntags mit dem Fahrrad verreist, so daß unser Mitglied S., das vertretungsweise Vorarbeiterdienste tut und am Sonntag die Schicht antrat, keine Meldung erstatten konnte. Die kaputte Retorte gelangte deshalb erst am Montag zur Kenntnis des Ingenieurs, der dem Direktor Meldung erstattete und dabei augenscheinlich den Kollegen S. als Schuldigen, ihn auch, scheint es, als faul bezeichnete. Am Dienstag kam der Direktor, frag S., ob er nicht arbeiten wolle und kündigte ihm ohne weiteres auf 8 Tage. Gleichzeitig teilte ihm der Direktor mit, daß er binnen 14 Tagen die Wohnung, die dem Gaswerk gehört, verlassen müsse. Das kann natürlich auch den ruhigen Menschen in Wallung bringen, zumal wenn er sich, wie im vorliegenden Fall, gänzlich schuldlos fühlt. Bezüglich der Wohnung glaubte S., daß die gefechtsliche Kündigungszeit maßgebend sei und es entspann sich eine kleine Kontroverse, die mit der sofortigen Entlassung unseres Kollegen endete. Also mitten im Krieg wurde der Arbeiter wegen nichts sozusagen, nach 19jähriger Dienstzeit, aufs Pflaster gejagt. Das ist die Gleichberechtigung im Arbeitsvertragsverhältnis, wie sie sich der Herr Direktor vorstellt. Natürlich heißen sich das die Kollegen nicht ohne weiteres gefallen und da gleichzeitig auch noch einem weiteren Vertrauensmann der Pitalie im Gaswerk die Kündigung in Aussicht gestellt war, so legten sie bereits einmütig die Arbeit nieder. Von etwa 30 Mann hörten 27 auf. Dabei kam in der Versammlung deutlich zum Ausdruck, daß die Pagatte, die zur Entlassung S. führte, wahrscheinlich gar nicht der eigentliche Grund sei, sondern daß aus verschiedenen Anzeichen geschlossen werden müsse, daß es der Betriebsleitung darum zu tun ist, die Organisation als solche aus dem Betrieb hinauszudrängen und dazu sollte die Entlassung S. den ersten Schritt bilden. Und wenn ferner bei einem Arbeiter mit 19 Jahren Dienstzeit ein an den Haaren herbeigezogener Grund genügt, um eine sofortige Entlassung auszusprechen, wie soll es dann erst den dienstjüngeren Leuten gehen. Daher auch die große Einmütigkeit bei der Arbeitsniederlegung. Zuvor hatte der Gauleiter Kollege Würker mit dem Direktor verhandelt, aber ohne jo,liches Resultat, da sich der Direktor auf den allerausdrücklichsten Herrenstandpunkt stellte, daß er auf Einzelheiten überhaupt nicht eingeht. S. ist draußen und bleibt draußen. Am 1. Juni, morgens, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Der Fabrikmeister Stellvertreter Genosse Stadler Doffmann wurde um Vermittelung erudt, gab sich auch Mühe, eine nochmalige Ver-

Handlung mit dem Direktor zustande zu bringen, jedoch vergeblich. Der Direktor erklärte auch ihm, daß er sich auf keine Verhandlung einläßt, keine Vermittlung wünscht und die Folgen für die Stadt ganz und gar auf sich nimmt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Brauereibesitzer kommerzienrat Jünich, Stajerslautern, mit dem der Gauleiter Rücksprache nahm, erklärte, nicht das mindeste tun zu können, der Direktor sei in Arbeiterfragen allein maßgebend, der Direktor sei übrigens sehr gut gegen die Arbeiter. So war denn fürs erste jeder Versuch, zu einer Einigung zu kommen, gescheitert. Der Direktor hatte sagen lassen, daß, wer um 9 Uhr früh nicht beginnt, als entlassen gelte, worauf einer abtrünnig wurde und ins Werk ging. Nachmittags schlich sich noch ein weiterer hinein. Beides waren ältere Männer, die von den Streikenden nicht ungern verloren wurden, da sie im Werk nicht viel machen konnten. Von der Nachtschicht abends wurde nur der Vorarbeiter Adam, wegen dem die ganze Affäre ausbrach, zum Streikbrecher. Aber an Stelle der Arbeiter fanden sich plötzlich andere Arbeitswillige ein. Der Direktor kam selbst im eiligen Tempo, legte Hut und Rock ab, kramte die Kermel auf und arbeitete drauf los. Der Ingenieur konnte sich dem guten Beispiel natürlich nicht entziehen, der Ingenieurassistent mußte auch kräftig helfen, der Justizkammermeister des Stadtbetriebes stürzte sich ebenfalls ins Gashaus und so war es denn für die Streikenden, die von einer Anhöhe vor dem Werk der Arbeit zusahen, ein ganz ergötzliches Schauspiel, ihre Plätze so gut vertreten zu sehen. Mergens um 8 Uhr erhielt dann der Gauleiter die Mitteilung, daß er vormittags 10 Uhr zur Verhandlung zum Direktor kommen solle. Herr Oberbürgermeister Nüfner hatte in dankenswerter Weise auf die Informationen des Genossen Hoffmann hin eine Vermittlung zustande gebracht. Die Verhandlungen führten bald zum Ziel. Kollege S. wurde wieder eingestellt und ihm auch eine Zulage von 40 Pf., auf die er als Stellvertreter des Vorarbeiters Anspruch hat, zugewilligt. Die Feuerungszulage, die gleich mit behandelt wurde, sollte in einer Besprechung mit dem Oberbürgermeister nochmals verhandelt werden, ebenso die Frage eines Arbeiterausschusses. Tiefe Verhandlung mit dem Herrn Oberbürgermeister fand dann am 5. Juni, abends, statt. Vereinbart wurde, daß der Aufsichtsrat über die Feuerungszulage entscheiden solle, sobald die Stadt die Frage der Feuerungszulagen für ihre Arbeiter geregelt hat. Ein Arbeiterausschuß soll eingeführt werden, wenn die im Feld stehenden Gasarbeiter zurückgekehrt sind. Im übrigen wehrte sich der Herr Direktor gegen jede Einmischung, durch welche die Arbeiter eine anerkannte Vertretung erhalten könnten. Auch auf den wöchentlichen Zahlung ließ er sich nicht ein, sondern brachte den guten Gründen des Gauleiters gegenüber geradezu naive, man möchte fast sagen, kindische Einwendungen vor. Ueberhaupt förderte der Herr Direktor verschiedentlich Ansichten zutage, die schließlich bei einem häuerlichen Dorfbürgermeister, nicht aber von einem Betriebsleiter in einer Stadt mit nahezu 80000 Einwohnern verständlich sind. Der Herr Oberbürgermeister mag sich wohl auch seine eigenen Gedanken gemacht haben. Immerhin ist der Hauptdifferenzpunkt zu unseren Gunsten entschieden und wir können den Kollegen nur raten, stets so treu und geschlossen zusammenzustehen, dann werden sie noch manchen Anschlag zurückweisen können.

♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

Kriege-Teuerungszulage.

Bamberg. In der Finanzkommission des Magistrats wurde einstimmig beschlossen, den städtischen Arbeitern, die einen Tagelohn von nicht über 5 Mk. beziehen, und den Unterbeamten, deren Jahresgehalt 1500 Mk. nicht übersteigt, eine entsprechende Teuerungszulage ab 1. April 1915 zu gewähren.

Barmen. Dem Antrag unserer Filiale auf Gewährung einer Teuerungszulage hat die Stadtverwaltung insofern entsprochen, als sie die schon bisher gezahlten Minderzulagen um 100 Proz. erhöht hat. Es werden gezahlt: bei 1-2 Kinder bisher 4 Mk., jetzt 8 Mk.; bei 3-4 Kinder bisher 8 Mk., jetzt 16 Mk.; bei 5 und mehr Kinder bisher 12 Mk., jetzt 24 Mk. pro Monat. Da bei dieser Regelung nur ein Teil der Arbeiter berücksichtigt werden, ist ein neuer Antrag eingereicht, nach welchem alle städtischen Arbeiter eine Teuerungszulage verlangen.

Altenau. Der Gemeinderat besaßte sich in seiner Sitzung vom 4. Juni mit unserer Eingabe wegen der Teuerungszulage. Im Sitzungsbericht heißt es, daß dem Gemeinde eine gewisse Verrechtigung nicht abgesprochen werden könne, obgleich die Löhne der Gemeindegewerkschaften sich zwischen 22 bis 40 Mk. bewegen, nicht die schlechtesten seien. Zu diesen Ausführungen über die Lohnhöhe müssen wir bemerken, daß sie den Tatsachen nicht entsprechen.

Würden die Löhne der Gemeindegewerkschaften wirklich sich zwischen 22 und 40 Mk. bewegen, so hätten die Gemeindegewerkschaften auch so viel Verständnis für die gegenwärtige Lage gehabt und von der Einreichung eines Gesuches abgesehen. Im Tarifvertrag für die Bau- und Montearbeiter ist der Stundenlohn der ungleitenden Arbeiter auf 38 Pf., der für Handwerker auf 45 Pf. festgelegt. Ein einfaches Medienzempler zeigt sofort, daß bei diesen Stundenlöhnen knapp 22 Mk., aber niemals 40 Mk. erreicht werden können. Selbst bei voller 60stündiger Arbeitswoche nicht. Es ist aber zu berücksichtigen, daß 38 Pf. Stundenlohn nur für ständige Arbeiter gilt, die nicht-ständigen Arbeiter erhalten weit weniger, so daß Wochentlöhne von 15-18 Mk. nichts Seltenes sind. Ein einziger Arbeiter im Gaswerk kann es auf wöchentlich 40 Mk. bringen, aber nur dann, wenn er in der Woche acht Schichten arbeitet. Da darf aber wohl bemerkt werden, daß dies dann kein Normallohn mehr ist! Aber durch diese Art und Weise der Verdichterschaft wird es erreicht, daß die Einwohner gegen die Gemeindegewerkschaften aufgebracht werden, so daß sie auf offener Straße Verleumdungen ausgesetzt sind. Dem Einfluß unserer Arbeitervertreter im Gemeinderat ist es gelungen, daß unsere Eingabe dem Finanzausschuß überwiesen wurde mit dem Auftrage, zugleich auch eine Vorlage auszuarbeiten, um auch den niedrig bezahlten Gemeindebeamten eine Zulage zu gewähren.

Karlsruhe. Auf die Dauer des Krieges erhalten die dem Lohnarbeits unterstellten Arbeiter, die einen Tagelohn von weniger als 4,50 Mk., und Angestellte, die eine monatliche Vergütung von weniger als 112,50 Mk. beziehen, eine Zulage von 30 Pf. für den Arbeitstag bzw. 7,50 Mk. im Monat. Arbeiter, die einen Tagelohn von 4,50 Mk. und mehr haben, sowie Angestellte, die eine monatliche Vergütung von 112,50 Mk. und mehr haben, erhalten, sofern deren tarifmäßiger Lohn oder Vergütung den Betrag von 2000 Mk. jährlich bzw. 166,66 Mk. monatlich nicht übersteigt, eine Zulage von 20 Pf. für den Arbeitstag bzw. 5 Mk. im Monat. Ferner erhalten alle Arbeiter und Angestellten, deren Lohn oder Gehalt den Betrag von 166,66 Mk. monatlich nicht übersteigt, für jedes Kind unter 15 Jahren eine Familienzulage von 3 Mk. pro Monat. Ueberstunden werden bei der Berechnung nicht in Betracht gezogen.

Loschwitz (Dresden.) Auf unsere Eingabe vom 16. April erhielt wir den Bescheid, daß der Gemeinderat den Gemeindegewerkschaften vom 1. Juni ab eine Teuerungszulage von wöchentlich 2 Mk. bewilligt hat.

Meerane. Von seiten der Stadt werden von jetzt ab den städtischen Arbeitern und Angestellten Teuerungszulagen gewährt.

Posen. Die Stadtverordneten bewilligten für die städtischen Arbeiter und unteren Angestellten Teuerungszulagen in Höhe von 8 bis 10 Mk. monatlich und für jedes Kind eine solche von 2 bis 3 Mk. Die Auszahlung erfolgt mit rückwirkender Kraft vom 1. Mai ab. Für das Etatsjahr werden etwa 90000 Mk. erforderlich sein, wovon etwa rund 9000 Mk. auf die Unterbeamten und Oberfeuerwehrcleute und 81000 Mk. auf die Arbeiter und Feuerwehrcleute entfallen.

Plauen (Vogtland). Die Stadtverordneten beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Eingabe der Gauleitung, den städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren. Eine gleiche Eingabe war dem Rat zugegangen. Der Rat hatte aber mit Rücksicht auf die durch den Krieg und die damit verbundene Erwerbslosigkeit entstandenen erheblichen Mehrausgaben und die vermindernden Einnahmen beschlossen, das Gesuch abzulehnen. Dagegen sollten die stufenmäßigen Lohnerhöhungen auch in Zukunft gewährt werden. Dieser Ratsbeschluss wurde von den sozialdemokratischen Stadtverordneten aufs lebhafteste bekämpft und der Antrag gestellt, die Eingabe dem Finanzausschuß zu überweisen. Das wurde einstimmig beschlossen. Hoffen wir nun, daß der Finanzausschuß zu einer befriedigenden Lösung recht bald gelangt.

Mendoburg. In Anbetracht der gesteigerten Lebensmittelpreise beschloßen die Stadtkollegen in ihrer Sitzung vom 1. Juni, den städtischen Beamten eine Zulage von 5 Proz. für Ledige und von 10 Proz. für Verheiratete zu bewilligen. Ausgeschlossen sind die im Felde stehenden Beamten, die als Soldaten eine Anzahl anderweitiger Zuwendungen genießen, und die nach dem 1. Oktober angestellten Beamten, die meistens schon zu erhöhten Löhnen eingestellt worden sind. Das gesamte Einkommen einschließlich Wohnungszulage und Zulage soll jedoch 200 Mk. nicht übersteigen. Lehrer und Lehrerinnen in städtischen Diensten erhalten die Zulage ebenfalls. — Sind die städtischen Arbeiter in diesem Beschlusse mit einbezogen?

Swidau (Sachsen). Nach längeren Bemühungen um Gewährung einer Teuerungszulage wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung als Ergebnis der in den Ausschüssen und im Rats geschlossenen Verhandlungen mitgeteilt, daß alle städtischen Arbeiter, einschließlich der Berufsfeuerwehrcleute vom 9. Mai ab eine Zulage von 2 Pf. für die Stunde erhalten sollen. Von den Vertretern der Arbeitervereine wurde betont, daß die Arbeiter gehört hätten, mindestens 3 Pf. für die Stunde zu erhalten, und bereits vom April ab. Diese Ausführungen fanden jedoch bei den bürgerlichen Vertretern keinerlei Beachtung.

Aus unierer Bewegung

Berlin-Schöneberg. Eine sehr gut besuchte Versammlung aller städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte sich mit der neuesten sozialpolitischen Geldentlast der Gemeindeverwaltung, die durch die Gewährung der Kriegsteuerzuschläge verübt wurde. Die Empörung der nichtberücksichtigten Arbeiter und Arbeiterinnen verdrängte sich zu einem Antrage, bei Ablehnung der gewünschten Verbesserungen die Arbeit niederzulegen. Die Versammlung nahm zum Schluß einstimmig nachfolgende Resolution — dieselbe soll auch von der Ortsverwaltung dem Magistrat übermittelt werden — an: „Die am 7. Juni 1915 im „Wilhelmshof“ zahlreich versammelten Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten der städtischen Betriebe Schönebergs haben zu den Beschlüssen der städtischen Arbeiterkassen, betreffend die Gewährung einer Teuerungszulage, Stellung genommen. Die Versammelten geben ihrer Enttäuschung über die Erledigung ihres Antrages Ausdruck. Insbesondere bedauern sie, daß die sogenannten nichtständigen Arbeiter, die Ledigen und das Personal des Krankenhauses die Teuerungszulage nicht erhalten. Unter den auf besonderen Vertrag Eingeschalteten befinden sich Arbeiter, die seit langer Zeit bei der Stadt beschäftigt sind. Auch die Auslegung der Bestimmungen über das Merkmal des eigenen Haushalts sind durchaus ungerecht. Die Bestimmung, daß das Einkommen inklusive der Teuerungszulage den Betrag von 2000 Mark nicht übersteigen darf, entspricht nicht den Bedürfnissen der Zeit. Alle größeren Gemeinden Groß-Berlins haben die Einkommensgrenze für den Bezug der Teuerungszulage auf mindestens 2000 M. festgesetzt, Steglitz auf 2200 M. und Neukölln auf 2500 M. Des weiteren wenden sich die Versammelten dagegen, daß entgegen den klaren Ausführungsbestimmungen des Magistrats einzelne Verwaltungen bei der Berechnung des Jahreseinkommens die eventuelle Sonntagarbeit mit in Anrechnung bringen. Die Versammelten beauftragen den Arbeiterausschuß, schnellsten Schritte zu unternehmen, um die vorstehenden Mängel zu beseitigen.“

Bremen. Am 9. Juni fand eine Versammlung der Staatsarbeiter im Gewerkschaftsgebäude statt. Auf der Tagesordnung stand wie in früheren Versammlungen die Teuerungszulage. Der Vorsitzende berichtete, daß der Vorstand nach dem Auftrage der letzten Versammlung gehandelt habe. Herr Bürgermeister Stadtländer war vereint; Herr Bürgermeister Buss ließ durch Genossen Klein mitteilen, daß er denselben Standpunkt vertritt wie Bürgermeister Stadtländer. Auf eine nach diesem Bescheid gemachte Eingabe sei bis heute noch keine Antwort erteilt worden. Weiter erinnerte Medner an die Bürgergerichtsverhandlung, wo durch Annahme des Antrags Herrmann die Teuerungszulage mindestens auf die lange Bank geschoben wurde. Der Vorstand empfahl folgende Resolution: „Die heutige allgemeine Versammlung der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter nimmt mit Bedauern von der ablehnenden Haltung des Senats gegenüber den erhobenen Forderungen nach einer den außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Teuerungszulage Kenntnis. Sie bedauert auch, daß die Bremische Bürgerschaft es nicht über sich gewonnen hat, auf die von den sozialdemokratischen Vertretern gegebene Anregung sich im Prinzip für eine Teuerungszulage als eine wirtschaftliche Notwendigkeit auszusprechen. Sie erhofft aber von dem von der Bürgerschaft gefaßten Beschlusse, daß er eine für die Arbeiter in den Staatsbetrieben günstigere Wirkung auslöst, als der von den Arbeitern selbst unternommene Versuch, den Senat durch eine wiederholte Eingabe, die leider bislang unbeantwortet blieb, zu einer nochmaligen Prüfung der Sache zu veranlassen. Die Versammlung erwartet, daß eine gerechte Würdigung der tatsächlichen Lage der Arbeiter den Senat zu einem erneuten Beschlusse veranlaßt, der Bremen mit den Staats- und Gemeindeverwaltungen in Reich und Glied maßgebend läßt, die durch Entgegenkommen ihren Arbeitern und Angestellten es ermöglicht haben, die schwere Zeit zu ertragen. Die Versammlung beauftragt die Leitung des Verbandes, alles zu tun, was ihr geeignet erscheint, diesem Ziele näher zu kommen.“ In der sehr ausgedehnten Diskussion sprachen sich die Medner mißbilligend über das Verhalten des Senats aus; der von der Bürgerschaft angenommene Antrag Herrmann wurde zutreffend als Verkleppungsakt gekennzeichnet. Die Genossen Tiedermann und Rhein (Bürgerschaftsmitglieder) versprachen, ihr Möglichstes zu tun, um Bürgerschaft und Senat von der Notwendigkeit der Gewährung der Teuerungszulage für die Staatsarbeiter zu überzeugen. Die vom Vorstande vorgeschlagene Resolution wurde sojann einstimmig angenommen. Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke ein Gesuch ihrer Arbeiter um volle Verzählung der Löhne und Pfingstfeiertage (für dieses Jahr) abgelehnt habe. Diese Mitteilung löste viel Unwillen aus.

Hamburg. Unsere letzters stattgehabte Mitgliederversammlung war stark besucht. Die Tagesordnung betraf in der Hauptsache die Richterstattung über die Teuerungszulagen und zum anderen die Beitragserhöhung zum 1. Juli 1915. In Hamburg und in Altona wurden die Teuerungszulagen bewilligt; in Wandseel trat der Magistrat für die Bewilligung der Zulagen ein, aber die Mehr-

heit der Stadtverordneten stimmte dagegen; und in Harburg lehnte der Magistrat es zum zweitenmal ab, Teuerungszulagen zu geben. Unter der jetzt herrschenden Militärdiktatur, in deren Vorleben es gestellt ist, Versammlungen stattfinden zu lassen oder sie zu verbieten, ebenso auch die Zeitungen zu unterdrücken, wenn diese gegen die Behörden als Arbeitgeber schreiben, kam mit den sonst gegebenen gewerkschaftlichen Kampfmitteln nicht gegen die rückständigen Stadtverwaltungen vorgegangen werden, wenigstens nicht so nachdrücklich, daß auch auf den von uns gewünschten Erfolg gerechnet werden kann. In Wandseel würde aber die dort jetzt eingetretene Situation der gewerkschaftlichen Taktik auch unter normalen Verhältnissen große Schwierigkeiten bieten; denn hier hat der Magistrat bewilligt, und das Stadtverordnetenkollegium (dessen Mehrheit nämlich) hat abgelehnt. Die Wandseeler Kollegen haben nur an den Magistrat den Antrag gestellt, er möge mindestens den Arbeitern mit Kindern eine Teuerungszulage gewähren, und zwar für ein Kind 6 M., für zwei Kinder 10 M., und für jedes Kind mehr 3 M. monatlich, dabei nachsehende, bedürftige und von dem Arbeiter aus seinem Wochenverdienst zu unterhaltende Verwandte als Kinder gelten lassen. In Harburg wird der Magistrat sich mit weiteren Anträgen, daß er Teuerungszulagen bewilligen soll, beschäftigen müssen. Der Magistrat hat amtlich einer privaten Erfindungsstelle gegenüber schriftlich die Erklärung abgegeben: „Der Magistrat ist Gegner einer Teuerungszulage, und zwar im Hinblick auf die Folgen, die daraus für die Privatindustrie entstehen würden.“ Das bedeutet: Der Magistrat läßt die Arbeiter darben, damit nur ja nicht auch einige Großfabrikanten aus ihren vollen Geldsäcken einige Kopfen herausnehmen müssen. In Altona und in Hamburg werden alsbald Anträge gestellt werden, die Teuerungszulagen auch noch nach dem 31. Juli 1915 zu gewähren. Dabei sind zugleich für die hamburgischen Staatsbetriebe Vorschläge über Mängel in der Durchführung des Senatsbeschlusses vorzubringen. — Der Verbandsbeitrag soll vom 1. Juli an um 5 Pf. erhöht werden. Die Vorlage wurde von Schönberg beantragt. Gemeint ist nur der Beitrag für männliche Mitglieder mit vollen Beiträgen. Für weibliche Mitglieder, pensionierte Mitglieder und die Kriegerrfrauen bleiben die Beiträge unverändert. Dafür, daß die männlichen Mitglieder 5 Pf. mehr geben, werden die Bestände der Gewerkschaftsbanknoten und der Kriegsteuermarken (freiwillige Beiträge) zurückgenommen, und auch die Markanteile soll nicht mehr ausgegeben werden. Für diejenigen Mitglieder, die bisher schon in allen Fällen ihrer Weisheitspflicht nachkommen, ist also die tatsächliche Mehrleistung, die durch die Beitragserhöhung eintritt, gering. Unsere Unterstützungen für unsere Mitglieder und ihre Familien kosten jetzt viel Geld und werden immer noch mehr kosten, sowohl verhältnismäßig wie im ganzen, je länger der Krieg dauert; inwiefern werden schließlich noch ungeheuer große Anforderungen an unsere Kasse gestellt werden. Für das Hamburger Gewerkschaftshaus müssen wir von jetzt an 10 000 M. jährlich mehr hergeben, um das Haus vor dem Ruin, vor dem es durch die wirtschaftlichen Folgen des Krieges gestellt ist, zu bewahren. Wenn wir jetzt die denkbar niedrigste wöchentliche Beitragserhöhung eintreten lassen, nämlich nur 5 Pf. mehr und nur für männliche Mitglieder, dann sind wir allen Mehranforderungen gewachsen. 5 Pf. pro Woche wird jeder aufbringen, aber er muß es wollen. Der gute Wille ist das Entscheidende. — Die Beitragserhöhung wurde einstimmig angenommen.

Mathesow. In Anbetracht der ungeheuren Teuerung beschlossen die städtischen Arbeiter, durch die Organisation eine Eingabe an die Stadtverwaltung zu richten, in welcher eine Lohnaufbesserung von 5 Pf. pro Stunde gewünscht wurde. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Die Eingabe wurde dem Magistrat und sämtlichen Stadtverordneten unterbreitet. Unserem Gauleiter wurde nun vom Magistrat bedeutet, daß die Arbeiter irgendwelche Wünsche persönlich vorbringen sollen, „ohne Anstoß von dritter Seite“. Jedoch konnte der Magistrat nicht gut umhin, der nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zu unterbreiten auf Gewährung einer Teuerungszulage. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, von welcher folgender Beschluß gefaßt wurde: Die Gasanstaltsarbeiter erhalten monatlich 10 M., alle anderen Arbeiter monatlich 6 M. Zuschuß, für jedes Kind monatlich 2 M. mehr. Dasselbe kommt auch bei den Gasanstaltsarbeitern in Betracht, wenn bei einem Zuschuß von 8 M. der Betrag 10 M. übersteigt, d. h., daß die ersten zwei Kinder nicht in Anrechnung gebracht werden (siehe auch „Gewerkschaft“ 24, Sp. 305). Eine Versammlung, in welcher der Kommissionsbericht bekanntgegeben werden sollte, wurde von der Polizei verboten, weil die polizeiliche Genehmigung nicht nachgefragt war. Die nächste Versammlung fand unter polizeilicher Aufsicht statt. Die Arbeiter selbst können hieran erkennen, daß sie viel mehr wie sonst bedacht sein müssen, die Säumnisse aufzuräumen und der Organisation zuzuführen, dann wird auch der Magistrat in Mathesow sich daran gewöhnen, mit der Organisation zu verhandeln.

Rundschau

Unsere Verbandsangehörigen im Felde. Die Zahl der eingezogenen Beamten beträgt zurzeit 33, das ist über die Hälfte. Man kann sich also vorstellen, welche Arbeitslast auf die Verbleibenden ruht. Nachstehend geben wir kurze Nachrichten, soweit wir unterrichtet sind: Hedmann ist Gefreiter in einem Landsturm-bataillon Antwerpen. Becker Gefreiter bei der Fernsprechtruppe in Flandern. Er kommt arg in Gefahr. Buscher Berlin ist Meldereiter in Polen, zurzeit auf Urlaub in Berlin. Ehret-Nürnberg ist erneut nach Ansbach eingezogen. Gabel-Strasbourg hat noch nicht berichtet, ist wohl in einer Garnison. Gebhardt-Hauptbureau schippt jetzt im Westen (Belgien), vorher war er in Russland. Heider-Dresden ist in Garnison. Heintz-Düffeldorf Kanonier in Russland. Heuers-Bremen daselbst in Garnison. Hohn-Hamburg in Esterrade (Litmarischen) zur Gefangenenbewachung. Hölle-Nürnberg ist Sanitätsfeldwebel in Ingolstadt. Hölten-Köln Unteroffizier daselbst. Jhle-Hamburg ist Pionier in Bedwojnie (Russland). Lässig-Chemnitz Gefreiter einer Sanitätskompagnie in Esterrade (Russland). Lippert-Hauptbureau ist wieder Munitionsfahrer in Russland. Maurer-Hauptbureau Obergefreiter einer Batterie in Kasanow (Russland). Neumann-Bremen Torpedofeuermestermat in Wilhelmshaven. Roth-Stuttgart zurzeit Garnison Eßlingen, war längere Zeit im Schützengraben. Sebald-Frankfurt a. M. in Tilsiter Garnison. Kerner-Hauptbureau Armierungssoldat im Westen. Kiedel-Hamburg ist Eisenbahner in Dresden. Schmeher-Frankfurt a. M., zurzeit daselbst in Garnison, war längere Zeit im Felde. Schmidt-Hauptbureau, in Garnison Frankfurt a. O., wurde seinerzeit im Westen vermundet. Schneider-Frankfurt a. M. (Fernsprechtruppe) in Russisch-Frgendorf. Sebald-München steht seit Monaten im Schützengraben der Vogesen (Maschinengewehrabteilung). Stamer-Hauptbureau liegt krank in Landshut (in Genesung), war bislang Sanitäter an der Westfront. Stetter-Stuttgart steht in der Vogesenfront. Stumpf-Mannheim wird in Marsruhe ausgebildet. Strunk-Berlin ist Sanitätsunteroffizier im Gefangenenlager zu Nauen. Timm-Hauptbureau steht in Neuruppin (Stättenverwaltung). Wachtendorf-Magdeburg ist Schipper im Westen, war vorher in Russland. Wesolowski-Königsberg steht seit drei Monaten vor Komza (Russland). Zabal-Berlin ist Meldereiter in Russland (zurzeit Vieheinläufer). Maroke-Berlin wird seit 10. Juni ausgebildet. — Von den unbeforderten Mitgliedern des Hauptverbandes sind noch Neumann, Pöhl und Woldmann eingezogen. Die beiden ersteren stehen in Russland, letzterer wird ausgebildet. Kollege Schadow-Hauptverband fiel bekanntlich in Russland. Von unseren Mitgliedern sind jetzt weit über 20000 im Felde und viele Hundert sind auf dem Schlachtfelde bereits dahingekunten. Mögen alle Zurückbleibenden jetzt doppelt eifrig die Agitation betreiben, damit die erheblichen Lücken ausgefüllt werden können.

Einem guten Ueberblick der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands gibt Rerkurius in Nr. 22 der „Stonjunggenossenschaftlichen Rundschau“: Die günstigen Erfolge, welche die militärischen Operationen in den letzten Wochen aufzuweisen hatten, haben auf die innerwirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands ermunternd und befreitend zurückgewirkt und den Glauben an den Erfolg des wirtschaftlichen Durchhaltens neu gestärkt und belebt. In Wahrheit bedurfte es aber kaum dieses Aufweckens, denn unsere wirtschaftlichen Verhältnisse liegen so klar und gesichert zutage, daß schon die Betrachtung des Tatsachenmaterials allein genügt, um jeden Zweifel an der wirtschaftlichen Integrität zu bannen. Das gewaltige wirtschaftliche und finanzielle Opfer der zweiten Kriegsanleihe ist spielend von unserer Volke getragen worden, und weitere Opfer dieser Art werden ebenso aufgenommen werden, um so mehr, als bei dem heutigen Zustande des fast geschlossenen Handels- und Wirtschaftskreislaufes nur ein Kreislauf sich vollzieht, bei dem keine wirtschaftlichen Kräfte und Güter nutzlos an das Ausland abgegeben werden. Die Grundlage unserer Kreditorganisation, die heute in dem Zentralnoteninstitut der Reichsbank mehr als je verankert ist, zeigt im Gegensatz zu anderen Ländern alle Zeichen der Festigkeit und inneren Gesundheit. Immer noch hat die Reichsbank es vermocht, Gold aus dem Verkehr an sich zu ziehen und damit die Deckung der Noten in dem bisherigen günstigen Verhältnis zu erhalten. Der Reichsbankausweis der zweiten Kammer läßt erkennen, daß die Goldbestände, wenn auch langsam, so doch immer weiter zugenommen haben. Sie stellen sich auf 2376 Millionen Mark gegen 1342 Millionen Mark im Vorjahre, während an Metallbeständen 2424 (1674) Millionen Mark vorhanden waren. Der Notenumlauf, der Ende März außerordentlich angewachsen war, hat sich mehr und mehr entspannt, beläuft sich aber immerhin auch heute noch auf fast 5200 Millionen Mark, damit

berechnet sich die Golddeckung der Noten auf 45,7 Proz., während die sogenannte Pardeckung, d. h. die Deckung durch Metall, Majen- und Darlehnscheine, immerhin auch noch einen Betrag von 56,6 Proz. anzeigt, der allerdings gegenüber dem vorjährigen von 91,3 Proz. nicht unerheblich zurücksteht. Das Rediskonto hat in den letzten Wochen wieder eine Kleinigkeit zugenommen und stellte sich auf 388 Millionen Mark. Die Lage des offenen Geldmarktes bleibt in Deutschland im allgemeinen günstig, wenn auch der Diskont gegenwärtig wieder 4 Proz. bedang und für tägliches Geld vorübergehend 4, jetzt aber 3 bis 3½ Proz. bewilligt werden müssen. Die industriellen Verhältnisse Deutschlands stehen unter dem Zeichen dauernder Beanspruchung der Arbeitskräfte durch den Kriegsdienst. Immerhin läßt sowohl die Tätigkeit in der Kohlen- und Eisenindustrie weitere Fortschritte erkennen. Die Kohlenförderung ist zeitweise sogar mit den Kohlenlieferungen, die man bis vor kurzem Italien zugesprochen hatte, nicht unwesentlich gestiegen, wenn auch keine genauen Zahlen darüber veröffentlicht worden sind. Die Eisenverarbeitung ist andauernd bedeutend. Die April-Rohisenproduktion stellte sich auf 938 679 Tonnen und macht damit heute 60,5 Proz. der Friedensproduktion aus. Für das neue Erntejahr sind schon heute die weitestgehenden Vorkehrungen getroffen worden. Die Landwirtschaft hat den Getreideanbau soweit wie möglich ausgedehnt. Die Saatenstandsverhältnisse sind im allgemeinen zufriedenstellend, wie schon aus der rückläufigen Bewegung an Futtermitteln stark hervorgeht, da schon in Walde reichliche Grünfütterung zur Verfügung stehen dürfte. Auch Kartoffeln sind in bedeutendem Umfang, besonders in zahlreichen kleinen Betrieben, angebaut worden, so daß auch hier, falls die Witterungsverhältnisse günstig bleiben, kein Mangel hervortreten wird. Von Regierungsmaßnahmen ist die in letzter Zeit vorgenommene Beschlagnahme von Reis zu bemerken, andererseits hat eine Herabsetzung der Reispreise stattgefunden. Die Kriegsgetreidegesellschaft hat entgegen anderweitigen Behauptungen ihre Aufgabe im wesentlichen gelöst und damit weitere Maßnahmen überflüssig gemacht. Wie der Getreidemarkt, so sind auch der Metallmarkt und die Wollmärkte heute dem Wandel entzogen. Trotz starker Beanspruchung von Metallen und Wolle stehen wir noch wesentlich günstiger da als England, das trotz des freien Bezugs außerordentliche Preise für die sogenannten Halbedelmetalle anlegen muß. Auch in der Beschaffung von Zuder sind wir trotz des geschlossenen Wirtschaftskreislaufes günstiger als England und Frankreich daran, die enorme Preise für Zuder anlegen müssen. Die Massenvorräte sind in Deutschland wohl immerhin bedeutend gelichtet worden, aber unter Berücksichtigung der Valorisations-lasse noch immer hinreichend genug. Der Arbeitsmarkt hat, soweit die freilich stark zurückliegende Beschäftigung erkennen läßt, in letzter Zeit eine wesentliche Besserung erfahren. Der Beschäftigungszustand in den meisten Erwerbszweigen hat angehalten, andererseits darf freilich nicht vergessen werden, daß durch den Kriegsdienst weitere Arbeitskräfte entzogen werden, wodurch sich das Angebot wesentlich entlastet. Der Andrang der Arbeitssuchenden bei den Arbeitsnachweiser stellte sich im März für männliche Arbeiter auf 98, für die weiblichen auf 152, gegen 113 bzw. 172 im Februar. Gegenüber dem Vorjahr ist natürlich eine vollkommene Umkehr der Verhältnisse eingetreten, denn damals kamen 173 männliche und 92 weibliche Arbeiter auf 100 offene Stellen.

Des Schicksals Sterne. Eine Welt von Feinden ist gegen uns und unsere Verbündeten. Da kann uns nichts anderes helfen und den Sieg verleihen als die eigene Kraft. Und auch wirtschaftlich sind wir vom Auslande abgeschnitten. Wir müssen mit dem auskommen, was wir haben, und da kommt es auch an auf die eigene Kraft, auf die feste Entschlossenheit. Von uns, von uns selbst hängt unser Schicksal ab. Nicht anders ist es auch im Leben der Friedenszeit. Auch da stehen dem einzelnen Feinde gegenüber, Feinde, die sich aus dem Zwiespalte der Interessen ergeben, genau wie im Kriege, und auch da kommt es auf die eigene Kraft an und auf die eigene Entschlossenheit. Kraft aber ist nur möglich durch den Zusammenschluß der Gleichgesinnten, durch die Organisation, so wie jetzt ein einiges, geschlossenes Volk zum Siege nötig ist. Das Schicksal jedes einzelnen ist begründet im Wachsen und Blühen der Organisation, die seine Gedankenwelt betritt. In der Organisation ruhen für jeden einzelnen des Schicksals Sterne. Wie der Seemann draußen auf dem wogenden Meere, fern vom Lande, nach den Sternen am dunklen Firmamente seinen Weg nimmt, so müssen wir der Organisation auf unserem Lebenswege folgen. Sie gibt uns den Halt, daß auch wir den rechten Weg im Leben beibehalten, den Weg ins Zukunftsland. Schon viele vor uns hat die Organisation wie ein Leuchten des Geistes durchs Leben geführt, hat die Organisation den großen Weg gewiesen, der geradeaus führt, ohne Umwege ins Zukunftsland, und sie haben dann nach Kräften diesen Weg verfolgt und viele mitgeritten von ihren Brüdern und Schwestern. So sind wir schon ein gut Stück vorwärtsgekommen auf unserem Menschheitswege und wenn auch die dunkle Wolke des Krieges gar manchem die Orientierung genommen: wir werden dem Ziele, wenn die Wolke vorüber, nicht mehr fern sein. Hier und dort dringt bereits ein leuchtender Schimmer des kommenden Morgenrots in das Auge des Sehenden. Darum heißt es gerade jetzt getreulich den Sternen des Schicksals zu folgen, unserer Organisation treu zu sein.

Frühlingsmorgen in den Karpathen.

Zuweilen klistert ein Spaten
auf hartem Stein,
sonst nur das leisere Geräusch
des Grabens
in Schnee und Erde:
den Bergeshang entlang
wühlt sich ein Heer von Tausenden
unsichtbar in den Boden ein.
O Dunkelheit, o Nacht, die uns
beschützt und ängstigt!

Die Luft weht winterkalt und eifrig,
es rauscht der Wald geheimnisvoll und brohend,
ein Telefon surrt auf:
„Erhöhte Wachsamkeit! Patrouillen melden:
Die Mäusen scheinen sich im Wald zu sammeln.“
Der eine Mann horcht angepannt,
schüchtern das Gewehr,
das Patronett gepflanzt,
die Handgranaten griffbereit zur Zelle . . .
Der andre gräbt und gräbt für zwei.

Scheinwerfer tasten geisterhaft
mit langen Fingern
von Gang zu Gang,
und hohe Leuchtrafeten flattern in
den Himmel,
weitbin die Nacht erblickend. —
Mit leisem Knall entisenden Leuchtpistolen
blisschneß die finstern Späher da- und dorthin,
um jede feindliche
Bewegung zu erkunden.

Wald folgen schon
die Augenlärm der Schrapnell's
mit lautem Meißel.
Ein böses Rischen, Pfauen und
Gespieß' erfüllt die Luft,
die rüchelt und zittert,
die Erde dröhnt,
der Bergwald stöhnt und kracht,
das ganze Waldgebirge widerhallt
vom Krallen der Geschütze um und um.

Toch kein Gewehrknall fällt. Zur Müdigkeit
gesetzt sich wieder Dunkelheit und Ruhe.
Ein paar Verwundete und Tote;
die Lieberlebenden,
die graben, graben immerzu,
denn jeder will sich lieber selbst
ein tiefes Loch geschauelt haben,
solang noch Zeit, damit es nicht
die anderen für ihn besorgen müssen
für alle Ewigkeit.

So weicht die Nacht.
Allmählich taucht die Morgenröte
die bleichen Schneefelder
in purpurdunkles Rot.
Dann wandelt sich der Widerschein
in wunderbare Tönungen von Gelb
und lichterem Orange,
und immer heller blitzen alle Fänge,
von dunklen Streifen aufgewühlter Erde ernst
und schattenhaft durchsucht.

Vor unserer Front
und hinter uns
die schwarzen Trichter
der feindlichen Granaten starren bös
wie aufgesperrte, runde Mäuler,
unerfüllt alles Lebende
hinabzuschlingen.
Freundliche Frühlingswärme Abt
sich wie zum Trost,
und wohlgutun.

Und mühsam klettert einer aus
dem Schützenloch empor,
die starren, nachdurchschlüßten Glieder zur
Bewegung zwingend —:
Vielleicht gelingt es doch einmal,
die nassen Schut'
und Kleider trocken zu bekommen. —
So viele möchten auferstehn im Ru
aus ihren feuchten Gruben,
des vielen Grabens satt.

Toch wenn sich mehr als einer zeigt
im Tageschein,
dann blitzen schon die Feldgeschütze auf
und legen sie hinweg.
Nur ein ganz klein Johanniskäferchen
ergibt sich unbefürmert in der Sonne
hoch oben auf des Grabens Rand —
mit hyperbraunen Flügeldecken
zierlich und schwarz betupft . . .
Wir barren unten weiter aus und fieren.

Karl Schoßleitner (zurzeit im Felde).

Eingegangene Schriften und Bücher

Prinzip oder Romantik! Sozialistische Betrachtungen zum Weltkriege,
von Dr. Max Adler. Franke'sche Verlagsanstalt u. Buchdruckerei G. m. b. H.
Preis 50 Pf.

Die Gartenschädlinge. Je wärmer es wird, je stärker sich die Pflanzen-
welt zu unserer Freude entwickelt, desto größer wird aber auch die Zahl
der Feinde und Schädlinge, und manches schiefer rätselhafte Vorkommnis
ist auf diese zurückzuführen. Manches Beet, das gestern noch die feimende
Saat zeigte, ist heute kahl, und kaum hier und da zeigt noch ein kümmer-
liches Blüthen die vernichtete Hoffnung auf Ernte oder Blumenfreude.
Jeden ein Schädling, der Erbsen, die Schnecke, der Spag oder sonst
einer hat dies angerichtet. Ueberall tritt das Gefindel auf: nicht nur an
den Keimlingen und jungen Saaten, sondern auch an der Rinne, der Blüte,
dem Blatt, der Wurzel, im Mark, in der Frucht der entwickelten Pflanze,
des Stammes oder Strauches. Es sind auch nicht nur einzelne Schädlinge-
sorten, die man leicht finden würde, sondern fast jede Pflanze hat ihren
besonderen unangenehmen Gast. Alle müssen wir kennen, oder wenigstens
das Nötigste von ihnen wissen, um uns gegen sie wehren zu können.
Sonn werden die Erträge aus unserem Garten zurückgeben, der zugleich
auch ein Krautbeet werden und die benachbarten Gärten mit ver-
seuchen kann. Deshalb ist es die Pflicht jedes Gartenbesizers, die Schäd-
linge kennen zu lernen. Die Zeitschrift „Haus, Garten und Feld“, von der
im Vierteljahr 6 reich illustrierte Hefen zum Gesamtpreise von nur 75 Pf.
bei der Franke'schen Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinen und von der
bei uns die Hefen 3-6 vorliegen, bemüht sich, gerade über Schädlinge und
ihre Bekämpfung aufklärend zu wirken, und ist deshalb besonders zu
empfehlen.

Ungezieferplage und Ungezieferbekämpfung. (Deutscher Verlag für
Volkswohlfahrt, G. m. b. H., Dresden-N. 6, Großenbainer Straße 9.)
Wenn schon die Vertilgung des Ungezieters in gewöhnlichen Zeiten ein
erschwerendes Ziel ist, um so mehr in dieser Zeit, wo infolge der zu-
rückkehrenden Soldaten und der eingelieferten Kriegsgefangenen die Un-
gezieferplage auch in Deutschland sich bemerkbar macht. Abgesehen von
der Vertilgung ist die Ungeziefervernichtung in weit höherem Grade er-
forderlich und geboten, da schließlich, daß das Ungeziefer bei der Weiterver-
breitung von ansteckenden Krankheiten eine Hauptrolle spielt. Vor allen
Dingen aber ist diese Frage dadurch brennend geworden, da man erkannt
hat, daß das Fleckfieber vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, durch die
Kleiderläuse verbreitet wird. Daher ist eine Zusammenstellung aller an-
gegebenen Methoden zur Vernichtung des Ungezieters jetzt von aktuellem
Interesse. Der Ladenpreis der circa 4 Bogen starken Broschüre mit sechs
Abbildungen beträgt 1 Mk.

Totenliste des Verbandes.

Garm Gaden, Kückringen
Helfer (Westf.)
† 8. 6. 1915, 81 Jahre alt.

Emil Gekler, Hamburg
Laternenwärter
† 1. 6. 1915, 41 Jahre alt.

Oskar Hofmann, Kreuznach
Straßenreiner
† 7. 6. 1915, 51 Jahre alt.

Fr. W. Hoppenhok, Leipzig
Straßenreiner
† 23. 5. 1915, 41 Jahre alt.

Friedrich Liedtke, Berlin
Markthallenarbeiter
† 9. 6. 1915, 50 Jahre alt.

Xaver Weber, München
Invalide
† 10. 6. 1915, 48 Jahre alt.

Gg. Zimmermann, München

Straßenbauarbeiter
gestorben am 4. Juni 1915 im Alter von 51 Jahren.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

Franz Birkhahn, Laxhagen
am 29. April im Alter von
34 Jahren im Westen gefallen.

A. Feipold, Frankfurt a. M.
am 8. März im Alter von
32 Jahren gefallen.

Max Paul Kösch, Dresden
am 3. März im Alter von
33 Jahren in Russland gefallen.

Max Rudolph, Hamburg
am 22. April im Alter von
23 Jahren gefallen.

Wilhelm Schreiber, Berlin
am 28. März im Alter von
87 Jahren im Westen gefallen.

Karl Schreiber, Berlin
am 18. Oktober im Alter von
26 Jahren gefallen.

Heinr. Schumann, Hannover
am 4. Juni im Alter von
80 Jahren im Westen gefallen.

Friedrich Wriedt, Hamburg
am 13. Mai im Alter von
85 Jahren im Lazarett verst.

Ehre ihrem Andenken!